

Haushaltsrede

des Vorsitzenden der FDP-Kreistagsfraktion Sigurd Senkel

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede

zu Beginn möchte ich mich - auch im Namen meiner Fraktion - bei Herrn Stratmann und bei Herrn Appel für die Gespräche, die ausführlichen Informationen und Hilfen bei unseren Haushaltsberatungen bedanken. Auch all den Mitarbeitern der Verwaltung, die am Haushaltsentwurf 2007 mitgearbeitet haben, für die nicht leichte Aufgabe, vor allem bei der Umstellung auf die doppische Systematik, ein Danke der FDP-Fraktion.

Auch Ihnen, Herr Landrat, gilt unser Dank, für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr und während der vorausgegangenen Haushaltsberatungen.

Seit September 2006 hat die FDP-Fraktion erstmals ein eigenes Domizil im Kreishaus. Diese Nähe zur Verwaltung und zu den anderen Fraktionen verbessert unsere Arbeit, sie erleichtert nicht nur Informationen und Kommunikation, sie verbessert auch das kollegiale Verhältnis und Verständnis untereinander, wenn auch manche Standpunkte in der Sache unterschiedlich sind und bleiben.



Zum Haushalt 2007:

Es scheint, das Jahr 2007 wird ein besseres Jahr werden als das vorangegangene. Nicht nur aus konjunktureller Sicht. Die offiziellen Wirtschaftsprognosen sind positiv und werden ständig nach oben korrigiert. Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte habende steigende Tendenzen, auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist insgesamt positiv, wenn auch regional und auf Branchen bezogen sehr unterschiedlich.

Ob das nun trotz oder wegen der Großen Koalition in Berlin und trotz der unsäglichen Mehrwertsteuererhöhung oder trotz oder wegen der neuen Politik der FDP/CDU - Koalition in Düsseldorf geschieht: die Deutungs- und Interpretationsdiskussionen sind sehr unterschiedlich und mögen an anderer Stelle geführt werden.; sicherlich spielt dabei der Winter, der kein Winter war, eine nicht ganz unwichtige Rolle! Für Haushälter zählen Fakten und fachlich belegbare Prognosen.

Auch wenn Bund, Länder und Gemeinden von den höheren Steuereinnahmen profitieren, und die Stimmung in der Wirtschaft sich langsam bessert, ist dies kein Grund, sich zufrieden zurückzulehnen.

Ganz im Gegenteil! Nicht nur Haushalts- und Finanzpolitik, die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik haben noch einen steinigen und langen Weg zu gehen. Das vorrangigste Ziel muss sein, die vielen Menschen wieder in Lohn und Arbeit zu bringen und ihnen eine vernünftige Perspektive aufzeigen, denn nichts ist für einen Menschen schlimmer, als das Gefühl zu erleben, nicht mehr gebraucht zu werden. Dem mit ganzer Kraft entgegenzuwirken, muss die Hauptaufgabe von Politik sein.

Das gilt auch für die Kommunalpolitik.

Anrede

Die FDP-Fraktion begrüßt die Beibehaltung der Kreisumlage von 46,5%, auch wenn die Haushaltssicherung ursprünglich einen Anstieg für 2007 auf 48% vorsah.

Die höheren Steuereinnahmen beim Land und unseren Städten und Gemeinden verbessern die Berechnungsgrundlagen und ermöglichen unsere für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden gute Entscheidung.

Der am 9.1.2007 vom Kämmerer eingebrachte Entwurf der Haushaltssatzung wies eine Unterdeckung von 2.561.410 € aus. Zwischenzeitlich hat der Kämmerer es geschafft, mit der überarbeiteten Vorlage 207-1/06 diese Lücke zu schließen. Die Überarbeitete Satzung weist jetzt einen ausgeglichenen Haushalt 2007 aus."

Anrede

Die FDP hat seit Jahren gemeinsame Bemühungen des Kreistages zusammen mit der Verwaltung zur Konsolidierung des Haushaltes gefordert. Bei aller Anerkennung der erreichten vorzeigbaren Ergebnisse der „Aufgabenkritischen Betrachtungen" haben wir auch immerdeutlich gemacht, dass erst ein erfahrener externer Berater die wahren Schwachstellen in den Strukturen, die ganz natürlich im Laufe der Jahre in der Entwicklung einer Verwaltung entstehen, erkennen und aufzeigen kann.

Wenn die Ergebnisse und Forderungen von „MUTTER" in Lünen auch hart sind und dort in der Diskussion und Umsetzung großen Mut erfordern, sie bestätigen unsere These aus der Lebenserfahrung, dass kein Frosch das Wasser aus dem Teich ablässt, in dem er selber lebt.

Erst als vor einem Jahr SPD und Landrat bis zur Abstimmung im Kreistag vor einem drohenden Desaster standen, weil sie befürchten mussten, keine Mehrheit für den Haushalt 2006 zu bekommen, und dann - mit welchen Argumenten, Zwängen, Versprechen oder auch Einsichten sei dahin gestellt - die Grünen mit ihrem Abstimmungsverhalten ihnen doch noch über die unüberwindbar scheinende Hürde halfen, erst da kam in diesem Hause Bewegung auf.

In der folgenden gemeinsamen Arbeit in der Finanzstrukturkommission bewiesen alle Teilnehmer - fraktionsübergreifend - ihre Bereitschaft zum Umdenken, zur gemeinsamen Verantwortung, im gegenseitigen Vertrauen mit dem Ziel, alle Aufgaben und Strukturen des Kreises ausführlich zu durchleuchten und auf ihre Wirtschaftlichkeit hin zu überprüfen.

Die Kommission arbeitet ja nicht öffentlich. Deshalb bedanke ich mich heute öffentlich bei den Teilnehmern des Kreistages für die in guter Atmosphäre der parteiübergreifenden offenen Diskussionen, bei denen es keine Tabus gab.

Ich bedanke mich beim Landrat und den Mitarbeitern der Verwaltung für die Vorbereitung und Aufarbeitung der verschiedenen Themenbereiche.

Rückblickend auf die Entscheidung für die Begleitung durch die GPA muss ich auch diese Entscheidung als gute Entscheidung loben – ich sage nicht: die richtige Entscheidung. Nur die GPA hat die Möglichkeit die Strukturen, den Umfang der gesetzlichen und freiwilligen Leistungen des Kreises für die Bürger mit denen der anderen Landkreise in NRW hat zu vergleichen und entsprechend darzustellen.

Dabei hätten wir als Liberale in der Rolle des externen Beraters zwar lieber eine private Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gehabt, haben uns dann aber auch nicht dem mehrheitlichen unterstützten Vorschlag verweigert, die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) als Berater ins Boot zu nehmen.

Die Ergebnisse der FSK können sich sehen lassen. Sowohl im Bereich der Sachausgaben als auch bei den Personalausgaben gibt es viele übereinstimmende Ergebnisse, die sich bereits im Haushalt 2007 und auch in den Folgejahren auswirken werden. Die Zahlen wurden schon genannt.

Wie auch nicht anders zu erwarten, blieben zahlreiche Empfehlungen der GPA bisher unbeachtet, weil der mehrheitliche Wille zu Umsetzung fehlt oder sie werden ignoriert.

Daneben gibt es noch etliche Punkte, die aus verschiedensten Gründen noch nicht umgesetzt oder entschieden werden konnten. Dafür gibt es aber Arbeitsaufträge an die Verwaltung oder auch an Ausschüsse. Über deren Ergebnisse wird der Kreistag später entscheiden.

Wir als FDP-Fraktion begrüßen ganz besonders die Einigung, dass die Arbeit der FSK nicht wie ursprünglich geplant, bereits im Februar beendet gewesen wäre, sondern die Beratungen fortgesetzt werden. Wir gehen auch davon aus, dass, falls erforderlich, externe Beratung hinzugezogen wird.

Denn die Betrachtungsweise der GPA ist ja nur eine Möglichkeit der Untersuchung, Sie betrachtet (den Status Quo) die Strukturen des Kreises und vergleicht diese mit den anderen Kreisen in NRW, wie heißt es so schön neudeutsch: benchmarking. Es wurden nicht oder kaum die Fragen nach der Notwendigkeit von Organisationsteilen, dem ja oder nein von freiwilligen Leistungen oder deren Umfang und Standards untersucht.

Da gibt es noch manche Einrichtung, die unter Bedingungen geschaffen wurde, die heute nicht mehr zutreffen oder wo man die Probleme heute auf andere Weise lösen könnte. Ganz zu

schweigen von bestimmte Spielwiesen für bestimmte Interessengruppen oder deren eigenes Klientel.

Und daneben gibt es noch manche kommunale(n) Strukturen, die unter den Kriterien von Effektivität und Haushaltskonsolidierung angegangen werden müssen.

Der Kreis nimmt hauptsächlich Aufgaben für die Kommunen, das heißt für alle Bürger des Kreises, wahr und refinanziert sich in der Hauptsache durch die Kreisumlage. Je mehr Aufgaben der Kreis wahrnimmt, desto mehr bedarf es meistens in der Folge einer Anhebung der Kreisumlage. Diese gegenseitigen Abhängigkeiten haben immer noch nicht alle begriffen. Die bisherigen Verfahren - dieses macht die Gemeinde, jenes macht der Kreis - muss ja nicht auf Ewigkeit bleiben. In den vergangenen Jahren ist da im Kreis Unna schon einiges in Bewegung gekommen. Die wahrscheinlich noch vor den Sommerferien verabschiedete Gemeindeordnung NRW, von SPD, Grünen und auch von Teilen der CDU-Basis verteufelt oder gescholten, eröffnet hier neue Möglichkeiten der Änderung der Zuständigkeiten, und das alles freiwillig auf freiwilliger Basis.

Verlagern und Konzentrieren von Aufgaben durch Zusammenarbeit der Gemeinden und die Veränderung der Zuständigkeiten kann die Leistungsfähigkeit steigern und Kosten senken. Das geschieht auch schon im Kreis, Beispiel Volkshochschulen, Gemeinschaftsstadtwerke und anderes.

Aktuell diskutiert werden momentan die Bauhöfe. Jede Gemeinde und Stadt hat einen und der Kreis hat auch einen. Das sind 11 Bauhöfe. Weil eben die Zuständigkeit für die Unterhaltung der Strassen im Kreis so geregelt ist. Da sagen die Bürgermeister: Kreis gib du uns deine Zuständigkeit, das machen wir mit, dafür bezahlst du dann. Das wäre machbar. Aber dann haben wir statt der bisher 11 Einrichtungen immer noch zehn, wobei laut Testat der GPA, der Kreis mit den Kosten seines Bauhofes sehr günstig liegt. Besser wäre der Betrieb von etwa 3 Bauhöfen als Kooperation der entsprechenden Gemeinden und Städte und nach Möglichkeit im Kreisgebiet geographisch aufgeteilt.. Dortmund kommt mit nur einem Bauhof und zwei Außenstellen aus. Der Bauhof ist nur ein Beispiel von sicherlich mehreren, wo in sich nächster Zeit etwas bewegen sollte.

Und hier ist unser Landrat gefordert. Er kann keine Veränderung anordnen und der Kreistag auch nicht per Satzung beschließen. Der Landrat kann diese Prozesse nur in der Bürgermeisterrunde moderieren. Er hat darin ja schon einige Erfahrungen gesammelt und nicht nur immer Positive(s).

Ich erinnere an die aufgeregten Reaktionen der Bürgermeister, als unser Kämmerer die Behandlung der Altschulden im NKF ansprach, oder an die Reaktionen auf die Überlegungen in der FSK über das Beibehalten der Nebenstellen, oder die Probleme mit den Nebenstellen der ARGE .

Trotzdem sollten Sie, Herr Landrat, weiter und verstärkt für diesen Weg werben.

Dazu brauchen Sie die Unterstützung des Kreistages, wobei ich jede einzelne Kreistagsabge-

ordnete und jeden Kreistagsabgeordneten auffordere, in der eigenen Kommune über die Schiene Partei oder Ratsmandat die Anliegen des Landrates zu unterstützen.

Zu den Bauhöfen liegt Ihnen einer unserer heutigen Anträge vor.

Damit bin ich bei den FDP-Anträgen zum Haushalt, bei allen geht es um Möglichkeiten weiterer Einsparungen und nicht um die Erhöhung von Haushaltsansätzen, das überlassen wir den Grünen.

Wir bitten Sie um Ihre Zustimmung, den Ansatz von 15.000 € bei der Kulturförderung zu streichen. Das ist ein Betrag, aus dem der Kulturausschuss Anträge auf Förderung von Einzelmaßnahmen von Privaten, Vereinen oder öffentlichen Einrichtungen bewilligt, sozusagen das Spielgeld des Ausschusses.

Wir meinen die Förderung von lokalen kulturellen Maßnahmen ist Aufgabe der Städte und Gemeinden. Und das soll auch so bleiben. Mit Schloß Cappenberg, der Neuen Westfälischen Sinfonie und Haus Opherdicke unterhält der Kreis drei Highlights mit überörtlicher und regionaler Ausstrahlung. Dabei sollte es auch bleiben. Wenn Opherdicke demnächst auch noch in privater Organisation bewirtschaftet werden kann, wird es dort auch mehr Erträge geben.

Darüber hinaus sollte sich der Kreis von den weiteren Finanzhilfen im Kulturbereich Schritt für Schritt verabschieden und damit meinen wir auch das Hilpert-Theater in Lünen und die Lichtkunst in Unna. Nur weil wir hier die beiden größten Städte des Kreises unterstützen, kommen doch inzwischen weitere Anträge anderer Kommunen. Beispiel Schwerte, weitere werden mit Pochen auf Gleichbehandlung folgen. Dann kommt Bönen mit der Mühle, Bergkamen mit Sohle II oder Fröndenberg mit der Kettenschmiede.

Unser Antrag zum Bistro im Kreishaus ist auch ein Vorschlag der GPA, den wir in die Diskussion bringen und prüfen lassen wollen.

Unser 4. Antrag zu den RWE-Aktien soll die WFG in ihrem Handeln zur weiteren Veränderung und Stärkung der Wirtschaftsstruktur im Kreis stärken.

Wir freuen uns als FDP-Fraktion, dass im Gegensatz zum vergangenen Jahr Konsens besteht im Zusammenhang mit der Eröffnungsbilanz über den weiteren Umgang mit dem Aktienpaket der RWE zu entscheiden. Im Ältestenrat haben wir zugestimmt, den letzten Satz des Antrages, betr. Ermächtigung des Landrates, zu streichen.

Als letztes möchte ich noch einen Punkt ansprechen:

Die GPA hat auch festgestellt, dass der Kreis bei den Kosten zur Unterstützung der Arbeit der Fraktionen im landesweiten Vergleich weit über dem Mittelwert liegt.

Unser Appell an die anderen Fraktionen führte zum Einvernehmen, in der FSK hierüber zu beraten, wobei wiederum die Reform der GO abgewartet werden soll, die in dieser Hinsicht einige neue Regelungen vorgeben wird.

Wir können als Politik nicht alles mögliche von den Bürgern, der Kreisverwaltung und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen fordern und dann selbst nicht mit gutem Beispiel voran gehen.

Anrede

Durch den anfangs erwähnten Eklat bei den Beratungen des Haushaltes 2006 ist eine haushaltspolitisch positive Entwicklung zur Haushaltskonsolidierung angestoßen worden. Wir wollen diesen Weg mit Ihnen weiter gehen und werden deshalb dem Haushalt 2007 zustimmen.